



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European Confederation
of Police (EUROCOP),

Landesbezirk Sachsen-Anhalt

GdP, Halberstädter Str. 120, 39112 Magdeburg

SPD

Juso-Landesvorsitzender

Herr Andrej Stephan

Halberstädter Str. 120, 39112 Magdeburg

Telefon: 03 91 / 611 60 10

Telefax: 03 91 / 611 60 11

E-Mail: lsa@gdp-online.de

www.gdp-sachsen-anhalt.de

Konto: SEB Bank Magdeburg

Nr. 135 033 80 00 (BLZ 810 101 11)

BG Landesbereitschaftspolizei

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

unser Zeichen

Datum

Offener Brief

04.05.2012

Kennzeichnungspflicht von Polizisten

Sehr geehrter Herr Stephan,

mit Befremden habe ich ihre Äußerungen zum Ausgang des Mitgliederentscheids zur Kennzeichnungspflicht von Polizisten in geschlossenen Einsätzen aufgenommen. Das Sie die hohe Beteiligung der SPD-Mitglieder an dieser ersten Entscheidung auf Landesebene, unisono mit der Parteivorsitzenden Katrin Budde als „grandiosen Erfolg“ verbuchen, damit kann ich mich ja noch anfreunden. Es ist zugegeben erfreulich, dass die Basis mitentscheiden will. Das war es dann aber auch schon was ich dem Ergebnis positives abgewinnen kann.

Sie sprechen von einem „deutlichen Ergebnis“ welches einer „politischen Sensation“ gleich kommt. Bei aller Euphorie ihrerseits, erlauben Sie mir an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen, dass es sich bei den 40 % Beteiligung doch um gerade einmal 1600 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehandelt hat. Von diesen haben 931 für eine Kennzeichnung von Polizisten votiert. 669 Mitglieder stimmten dagegen. Das heißt, 262 Mitglieder bilden das Zünglein an der Waage. Nicht mehr als 262 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Ein Kollege von mir, im Übrigen ein Verwaltungsbeamter der selbst nicht betroffen ist, den das leidige Thema aber einfach nur noch nervt, hat sich die Mühe gemacht und hat einmal den Taschenrechner gezückt. Die round about 4000 SPD-Mitglieder des Landes entsprechen 0,20 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung Sachsen-Anhalts. Die 931 Mitglieder, die sich nun für eine Kennzeichnung ausgesprochen haben bilden gerade einmal 0,044 % der wahlberechtigten Bevölkerung ab. Ich denke, mehr muss man dazu nicht ausführen, eine Kommentierung erspare ich mir.

Es schlägt dem Fass den Boden aus wenn ich dann noch an anderer Stelle lesen muss, dass „der Entscheid ein starkes Bedürfnis in unserer Gesellschaft nach Transparenz und Bürgernähe seitens der Polizei auch in geschlossenen Einsätzen abbil-

det“ und dass die Polizeigewerkschaften die gesellschaftliche Mehrheit für eine Kennzeichnungspflicht endlich akzeptieren sollten. Gesellschaftliche Mehrheit? Zur Erinnerung, 0,044 % der wahlberechtigten Bevölkerung votierten für eine Kennzeichnung.

Auch wenn sich nun drei von vier im Landtag vertretenen Parteien für eine verpflichtende Kennzeichnung ausgesprochen haben, mit Verlaub, trotz allem erreichen wir selbst beim Zusammenzählen aller Parteimitglieder nicht mal ein Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung des Landes. Um es nachvollziehen zu können: SPD ca.4000 Mitglieder (0,20%), DIE LINKE ca.5400 Mitglieder (0,27%) und Bündnis90/Die Grünen ca. 600 Mitglieder (0,03%). Das soll es meinerseits zum Thema „gesellschaftliche Mehrheit“ gewesen sein.

Die Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei, die beim Mitgliederentscheid als Kontra-Position diente, bezeichnen Sie im Nachhinein nun als „verallgemeinernde Angstkampagne“ , mehr noch, in der Mitteldeutschen Zeitung (MZ) verunglimpfen Sie die Kontra-Position der GdP als „blamabel“. Weiter werfen Sie in der MZ der GdP wie auch CDU-Fraktionschef Schröder vor, suggerieren zu wollen, dass es um Namensschilder in geschlossenen Einsätzen geht. Betonen dann, dass dies nicht Thema des Entscheids war. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen das uns, der Gewerkschaft der Polizei dies sehr wohl bewusst ist. Wir kennen ihre Forderung nach rotierenden Ziffern. Jedoch lehnen wir jegliche individuelle Kennzeichnung von Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen strikt ab.

Alles in allem sehe ich in Ihren Äußerungen einen Affront gegen die Polizei. Es bringt zum Ausdruck welche, zumindest persönliche Meinung Sie über die GdP und damit einhergehend über die Polizistinnen und Polizisten haben. Immerhin vertritt die GdP mehr als 50 % der Beschäftigten im Polizeibereich.

Bei allem Respekt vor der Arbeit der SPD als Regierungspartei, die ich sehr zu schätzen weiß, aber ein Motivationsschub für die Polizei sieht anders aus.

Mit freundlichen Grüßen

Guido Steinert
Vorsitzender der BG LBP